

Pflichtteilsansprüche reduzieren und vermeiden

Abele / Klinger / Maulbetsch

3. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-77995-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Abele/Klinger/Maulbetsch
Pflichtteilsansprüche reduzieren und vermeiden


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Pflichtteilsansprüche reduzieren und vermeiden

von

Armin Abele

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Erbrecht

Bernhard F. Klinger †

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Erbrecht

Thomas Maulbetsch

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Erbrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Auflage 2023



Zitiervorschlag:
Abele/Klinger/Maulbetsch Pflichtteilsansprüche § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77995 4

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau
Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Dieses Handbuch wendet sich vorrangig an Berater, die für ihre Mandanten letztwillige Verfügungen gestalten und sich einen praxisorientierten Überblick über die zahlreichen Strategien einer Pflichtteilsvermeidung verschaffen wollen. Der Ratgeber unterstützt aber auch Rechtsanwälte, die ihre Klienten bei der Durchsetzung von Pflichtteilsansprüchen vertreten und taktische Möglichkeiten suchen, vermeintlich pflichtteilsfeste Gestaltungen des Erblassers auszuhebeln. Ziel ist letztlich Gestaltungsempfehlungen zu geben, die auch in 2. Instanz halten und damit das Haftungsrisiko des Beraters begrenzen.

Im 1. Teil des Ratgebers werden die typischen Ursachen für den Pflichtteilsstreit und die Grundaussagen des BVerfG und des BGH zum Pflichtteilsrecht beschrieben.

Im 2. Teil wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten der Erblasser hat, durch lebzeitige Rechtsgeschäfte das Pflichtteilsrisiko seiner Erben zu reduzieren. Schwerpunkt ist hierbei der Pflichtteilsergänzungsanspruch und die Anrechnung bzw. Ausgleichung von lebzeitigen Vorempfängen.

Im 3. Teil wird dargestellt, wie durch familienrechtliche Gestaltungen die Pflichtteilhaftung des Erben begrenzt werden kann. Hierzu zählen etwa der pflichtteilsoptimierte Ehevertrag, das taktisch richtige Verhalten im Scheidungsverfahren und die Beeinflussung der Pflichtteilsquote durch Heirat oder Adoption.

Der 4. Teil stellt die pflichtteilsrechtlichen Auswirkungen von Gesellschaften und Gemeinschaften unter Ehegatten dar.

Der 5. Teil erläutert, wie durch gesellschaftsvertragliche Regelungen, insbesondere durch Nachfolge- und Abfindungsklauseln flankierend Einfluss auf die Pflichtteilhaftung genommen werden kann.

Einen Schwerpunkt des Ratgebers bildet der 6. Teil, in dem die Möglichkeiten einer Pflichtteilsreduzierung mittels letztwilliger Verfügung aufgezeigt werden. Erläutert werden ua die begrenzten Möglichkeiten der Pflichtteilsentziehung und der Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht sowie die vielfältigen Alternativen der pflichtteilsoptimierten Testamentsgestaltung und die Wirkung von Pflichtteilklauseln.

Im 7. Teil wird vermittelt, wie nach dem Erbfall noch Einfluss auf den Pflichtteil genommen werden kann. Hierzu zählen die taktische Ausschlagung, die Anfechtung wegen Pflichtteilsunwürdigkeit und die Pflichtteilsstundung.

Im 8. Teil werden die verschiedenen Möglichkeiten gegenübergestellt, die sich bei einem Erbfall mit Auslandsbezug für die Pflichtteilsreduzierung auf Grundlage des Internationalen Erbrechts ergeben.

Zahlreiche **Mustertexte** und **Praxishinweise** erleichtern die praktische Umsetzung der Pflichtteilsvermeidungsstrategien.

Anregungen, Hinweise, konstruktive Kritik zu diesem Werk sind jederzeit und gerne willkommen. Die Anschriften der Autoren finden sich auf nachfolgenden Webseiten.

Die 3. Auflage dieses Handbuchs musste leider ohne dessen Initiator und Mitautor der Voraufgaben Bernhard F. Klinger überarbeitet werden. Trotz seines sich abzeichnenden Todes war es ihm ein Anliegen, dass das Buch in seinem Sinne fortgeführt wird. Dem sind wir hoffentlich gerecht geworden.

Bernhard, herzlichen Dank für alles, Du und Deine Energie fehlen uns sehr!

Armin Abele

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht in Reutlingen (www.kp-recht.de)

Thomas Maulbetsch

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht in Obrigheim/Baden
(www.erbrechtexperte.de)

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Literatur	XV

§ 1 Der Pflichtteil – „Notanker“ des Enterbten und finanzielle „Geißel“ des Erben

I. Die Ursachen für den Pflichtteilsstreit	1
II. Verfassungsmäßigkeit des Pflichtteilsrechts	3
III. Pflichtteilsfreundliche Rechtsprechung des BGH	4
IV. Die Reform des Pflichtteilrechts	5

§ 2 Pflichtteilsreduzierung mittels lebzeitiger Rechtsgeschäfte

I. Verbrauch oder Verzehr des späteren Nachlasses	7
II. Nachlassminderung durch Verbindlichkeiten	7
1. Begründung von Nachlassverbindlichkeiten	8
2. Ungewisse und unsichere Verbindlichkeiten	8
3. Konfusion	8
III. Der Verzichtvertrag im Erbrecht	9
1. Der Pflichtteilsverzicht	10
a) Der umfassende Pflichtteilsverzicht	10
b) Der beschränkte Pflichtteilsverzicht	10
2. Der Erbverzicht	12
3. Inhaltskontrolle von Erb- und Pflichtverzichtverträgen	14
4. Der Zuwendungsverzicht	15
5. Erb- und Pflichtteilsverzicht gegen Abfindung	16
6. Auswirkungen des Pflichtteilsverzichts auf den Geschiedenenunterhalt	17
IV. Pflichtteilsreduzierung durch lebzeitige Zuwendungen des Erblassers	17
1. Die ergänzungspflichtige Zuwendung	19
a) Der Schenkungsbegriff iSd § 2325 BGB	19
b) Rechtsgültigkeit der Schenkung	21
c) Der „enge“ Erblasserbegriff	21
2. Vermeidung einer ergänzungspflichtigen Schenkung	22
a) Vereinbarung von Gegenleistungen	22
b) Pflicht- und Anstandsschenkungen zur Pflichtteilsvermeidung	24
c) Die Ausstattung zur Pflichtteilsvermeidung	25
d) Die „ehebedingte Zuwendung“ zur Pflichtteilsvermeidung?	25
e) Der Voraus zur Pflichtteilsvermeidung	27
f) Die Lebensversicherung zur Pflichtteilsvermeidung	28
g) Zuwendung an Stiftung zur Pflichtteilsvermeidung?	30
h) Zuwendung eines landwirtschaftlichen Betriebes	30
3. Die Ausschlussfrist beim Pflichtteilsergänzungsanspruch	31
a) Beginn der Zehn-Jahresfrist	32
b) „Pro-Rata“-Lösung beim Pflichtteilsergänzungsanspruch	32
c) Fallgruppen zum Fristbeginn	33
4. Die Bewertung ergänzungspflichtiger Schenkungen	39
a) Das Niederstwertprinzip	39
b) Bewertung eines Nießbrauchvorbehalts	41
c) Bewertung von Pflegeleistungen	43
d) Bewertung einer Leibrente	44
e) Bewertung eines Rückübertragungsvorbehalts	45

Inhaltsverzeichnis

5. Gläubiger des Pflichtteilergänzungsanspruchs	45
a) Keine „Doppelberechtigung“ des Pflichtteilsgläubigers	45
b) Der Pflichtteilergänzungsanspruch des Erben	45
6. Schuldner des Pflichtteilergänzungsanspruchs	47
V. Pflichtteilsreduzierung durch Anrechnung und Ausgleichung von Vorempfängen	47
1. Ausgleichung von Vorempfängen auf den ordentlichen Pflichtteil gem. § 2316 BGB	48
2. Exkurs: Ausgleichung von Vorempfängen bei gesetzlicher Erbfolge	48
a) Die Arten der Vorempfänge	48
b) Ausgleichung besonderer Leistungen eines Abkömmlings	49
c) Die Berechnung der Ausgleichung	49
3. Anrechnung von Zuwendungen auf den Pflichtteil	50
a) Voraussetzungen einer Pflichtteilsanrechnung gem. § 2315 BGB	50
b) Die Berechnung der Anrechnung gem. § 2315 BGB	52
4. Anrechnungs- und ausgleichungspflichtige Vorempfänge gem. § 2316 Abs. 4 BGB	53
5. Anrechnung von Vorempfängen auf den Pflichtteilergänzungsanspruch gem. § 2327 BGB	53
a) Voraussetzung der Anrechnung gem. § 2327 BGB	53
b) Die Berechnung der Anrechnung gem. § 2327 BGB	54
6. Flucht in die Pflichtteilergänzung	55
VI. Exkurs: Pflichtteilsvermeidungsstrategien und Sozialhilferegress	56
1. Lebzeitige Zuwendung und Sozialhilferegress	56
a) Rückforderung wegen Verarmung des Schenkers	57
b) Umfang und Inhalt des Rückforderungsanspruchs	57
c) Einwendungen des Beschenkten	57
2. Erbfall und Sozialhilferegress	58
a) Ausschlagung der Erbschaft durch den Sozialhilfeempfänger?	58
b) Zugriff des Sozialhilfeträgers bei Testamentsvollstreckung oder Vorerbschaft?	58
c) Ausschlagung durch den Sozialhilfeträger bei Beschränkung der Erbschaft?	58
d) Zugriff des Sozialhilfeträgers auf einen Vermächtnisanspruch?	58
e) Zugriff des Sozialhilfeträgers auf einen Pflichtteilsanspruch?	59
§ 3 Pflichtteilsoptimierung durch familienrechtliche Gestaltungen	
I. Güterstandswechsel	61
1. Pflichtteilsquotenoptimierter Güterstand	63
a) Pflichtteilsquote bei Zugewinnngemeinschaft	64
b) Pflichtteilsquoten bei Gütergemeinschaft	65
c) Pflichtteilsquote bei Gütertrennung	65
d) Pflichtteilsquoten im Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	65
e) Tabellarische Übersicht zu den Pflichtteilsquoten von Ehegatten und Kindern	67
2. Nachlassschmälerung durch ehevertraglichen lebzeitigen Vermögenstransfer	68
a) Begründung einer Gütertrennung mit vorzeitigem Zugewinnausgleich (Gütertrennungsmodell)	68
b) Begründung einer Gütergemeinschaft (Gütergemeinschaftsmodell)	69
c) Begründung einer Wahl-Zugewinnngemeinschaft mit vorzeitigem Zugewinnausgleich (Wahl-Zugewinnngemeinschaftsmodell)	70
3. Nachlassschmälerung durch ehevertragliche Begründung von Nachlassverbindlichkeiten in Gestalt von Zugewinnausgleichsansprüchen	70
a) Zivilrechtlich rückwirkende Güterstandsvereinbarung	72
b) Pflichtteilergänzungsfestigkeit rückwirkender Güterstandsvereinbarung	72
c) Vor- und Nachteile	74

Inhaltsverzeichnis

4. Schaukelmodelle	75
5. Ausschluss des Pflichtteilsrechts durch fortgesetzte Gütergemeinschaft	77
a) Pflichtteilsfreier Nachlass des erstversterbenden Ehegatten	77
b) Zweck und Rechtsnatur der fortgesetzten Gütergemeinschaft	78
c) Fortgesetzte Gütergemeinschaft zum Zwecke der Reduzierung des Ergänzungspflichtteils	78
II. Ausschalten des Ehegattenpflichtteils mittels Scheidungsantrags	80
1. Verlust des Ehegattenpflichtteils	80
2. Rücknahme des Scheidungsantrags	80
3. Zustimmung des Erblassers zum Scheidungsantrag	81
4. Darlegungs- und Beweislast	81
5. Bestehen bleibende Rechte	81
III. Verringerung der Pflichtteilsquote durch Statusveränderung des Erblassers	82
1. Grundsatzüberlegungen	82
2. Heirat	83
3. Adoption	83
a) Minderjährigenadoption	83
b) Erwachsenenadoption	84
c) Tabellarische Übersicht zur gesetzlichen Erbfolge nach einer Adoption	84
d) Hinderungsgründe für eine Adoption	85
e) Verfahren	87
4. Vaterschaftsanerkennung	89
a) Anerkennungserklärung	89
b) Wirksamkeit	90
IV. Nachlassreduzierung durch unbenannte Ehegattenzuwendungen	90
V. Nachlassschmälerung mittels Ausstattungen	91
VI. Vermögensminderung aufgrund ehedogattennengesellschaftsrechtlichen Ausgleichsanspruchs	92

§ 4 Pflichtteilsreduzierung aufgrund von Ausgleichsansprüchen aus Ehegattennengesellschaft und Gemeinschaft

I. Ausgleichsansprüche aus Ehegattennengesellschaft	95
II. Ausgleichsansprüche aus Gemeinschaft	98
III. Risiken und Probleme des Ausgleichsanspruchs aus Gesellschaft und Gemeinschaft im Pflichtteilsrecht	100

§ 5 Pflichtteilsreduzierung durch gesellschaftsvertragliche Gestaltungen

I. Lebzeitiger Vermögensabfluss durch Aufnahme eines neuen Gesellschafters, Begründung einer Gesellschaft oder disquotale Einlage	101
1. Persönlich haftender Gesellschafter	101
a) Meinungsstand	102
b) Auswirkung der unterschiedlichen Auffassungen in der Praxis	104
2. Beschränkt haftender Gesellschafter	105
3. Disquotale Einlage	106
II. Vermögensabfluss im Todesfall durch Ausscheiden des Erblassers aus der Gesellschaft	106
1. Gesetzliche Folgen beim Tod eines Gesellschafters	107
a) Personengesellschaften	107
b) Kapitalgesellschaften	108
2. Gesellschaftsvertragsklauseln	108
a) Personengesellschaften	108
b) Kapitalgesellschaften	109

Inhaltsverzeichnis

3. Gesellschaftsvertragsklauseln und deren Auswirkung auf Pflichtteilsrechte . . .	111
a) Auflösungsklauseln	111
b) Fortsetzungsklauseln	111
c) Nachfolgeklauseln	112
d) Eintrittsklauseln	113
e) Abtretungs- und Einziehungsklauseln	114
4. Pflichtteilsreduzierung durch gesellschaftsvertragliche Abfindungsregelungen .	114
a) Gesellschaftsvertrag mit Abfindungsausschluss	114
b) Gesellschaftsvertrag mit Abfindungsbeschränkung	119
5. Formerfordernis für Gesellschaftsverträge bei pflichtteilsergänzungsrelevanten Vorgängen	122
6. Lauf der Zehn-Jahresfrist des § 2325 BGB	122
III. Fazit	123

§ 6 Reduzierung des Pflichtteilsrisikos mittels letztwilliger Verfügung

I. Enterbung/Erbeinsetzung auf den Pflichtteil	125
II. Pflichtteilsentziehung	126
1. Pflichtteilsentziehungsgründe	127
a) Nach dem Leben trachten, § 2333 Nr. 1 BGB	127
b) Verbrechen oder schweres Vergehen, § 2333 Nr. 2 BGB	127
c) Unterhaltspflichtverletzung, § 2333 Nr. 3 BGB	129
d) Vorsätzliche Straftat von mindestens einem Jahr ohne Bewährung, § 2333 Nr. 4 BGB	129
2. Form	131
3. Beweislast	132
4. Verzeihung	133
a) Begriff	133
b) Form	133
c) Beweislast	134
d) Wirkung	134
5. Rechtsfolgen	135
6. Gerichtliche Feststellung der Pflichtteilsentziehung	135
a) Feststellung vor dem Tod des Erblassers	135
b) Feststellung nach dem Tod des Erblassers	136
III. Nachträgliche Anrechnungs- oder Ausgleichsbestimmung	137
IV. Aufhebung von Ausgleichsordnung zu Lasten des Pflichtteilsberechtigten . .	138
1. Aufhebung einer Ausgleichsordnung	138
2. Form der Aufhebung	138
3. Rechtsnatur	139
4. Schmälerung des Pflichtteils durch nachträgliche Aufhebung der Ausgleichsordnung	139
V. Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	140
1. Schutz des Familienvermögens oder Pflichtteilsrecht	140
2. Beschränkungsgründe	141
3. Beschränkungsmöglichkeiten	141
4. Person des Beschränkten	142
5. Person des Nachbegünstigten	142
6. Wegfall der Beschränkung	143
a) Wegfall der Beschränkung vor dem Erbfall	143
b) Wegfall der Beschränkung nach dem Erbfall	143
c) Anordnung einer bedingten Beschränkung (Besserungsklauseln)	143
7. Beschränkungsmöglichkeit trotz fehlender Testierfreiheit	146
8. Formulierungsbeispiele	146
VI. Begründung von Nachlassverbindlichkeiten mittels letztwilliger Verfügung des Erblassers	148

Inhaltsverzeichnis

VII. Nachlasswertverminderung durch Wertbestimmung des Erblassers (Ertragswertanordnung bei Landgütern, Höferecht und Anerbenrechte)	149
VIII. Pflichtteilsreduzierung durch Erhalt des Ehegattenvoraus	150
IX. Reduzierung des pflichtteilsrelevanten Nachlasses durch erbrechtliche Gestaltung	152
1. Erbeinsetzung des Endbedachten unter Enterbung des Partners	152
a) Rechtswirkung	153
b) Vor- und Nachteile der Erbeinsetzung des Endbedachten	153
2. Erbeinsetzung des Endbedachten unter Nutzungsvorbehalt des Zweitversterbenden	154
a) Arten des Nutzungsvorbehalts	155
b) Rechtswirkung des Nießbrauchs	155
c) Vor- und Nachteile der Nutzungsvorbehaltslösung	155
3. Erbeinsetzung des Endbedachten unter gleichzeitiger Anordnung eines Vor- und Nachvermächtnisses	157
a) Rechtswirkungen des Vor- und Nachvermächtnisses	157
b) Vor- und Nachteile des Vor- und Nachvermächtnisses	159
4. Die Anordnung von Vor- und Nacherbschaft	161
a) Rechtswirkungen der Vor- und Nacherbschaft	162
b) Vor- und Nachteile der Vor- und Nacherbschaft	162
5. Die Vollerbeinsetzung des Zweitversterbenden unter Anordnung eines Herausgabevermächtnisses	163
a) Rechtswirkungen der Erbeinsetzung mit Anordnung eines Herausgabe- vermächtnisses	164
b) Vor- und Nachteile der Erbeinsetzung mit Anordnung eines Herausgabevermächtnisses	164
6. Musterformulierungen	164
a) Geschiedentestament	165
b) Ausschluss eines gemeinsamen Abkömmlings	169
c) Ausschluss eines einseitigen Abkömmlings bei gemeinsamen Abkömmlingen	173
d) Ausschluss bei einseitigen Kindern der Ehegatten (Patchworkfamilie)	174
e) Ausschluss von Pflichtteilsansprüchen eines neuen Ehegatten (Wiederverheiratungsklausel)	175
X. Schutz vor dem Zugriff Dritter auf den Pflichtteil	179
1. Behindertentestament	179
a) Zielsetzung	179
b) Sozialrechtliche Grundlagen	180
c) Gestaltungen	182
d) Testamentsvollstreckung und deren Ausgestaltung	183
e) Sittenwidrigkeit der Gestaltungen	185
f) Auswahl der Gestaltungsvariante	191
g) Risikofaktoren und Stolperfallen	193
h) Pflichtteilsverzicht	196
i) „Nachträgliches Behindertentestament“ – Ausschlagungsverträge	197
j) Mustertestamente	197
2. Bedürftigentestament	204
a) Sozialrechtliche Grundlagen	204
b) Sittenwidrigkeit	205
c) Vorübergehende Beschränkung/Besserungsklausel	206
d) Testamentsvollstreckung	206
3. Mustertext „Bedürftigentestament Vor- und Nacherbschaftslösung mit Befreiung von den Beschränkungen der Vorerbschaft und der Testamentsvollstreckung im Falle der Besserung“	207
XI. Anfechtungsverzicht	208
XII. Pflichtteilklauseln	209
1. Ausschlussklausel	210

Inhaltsverzeichnis

2. Anrechnungsklausel	211
3. Jastrow'sche Klausel	212
4. Auflösend bedingte Einheitslösung	215
5. Wirkung	215
XIII. Pflichtteilsfreier Nachlass (Socinische Klauseln)	216
1. Frühere Rechtslage	217
2. Aktuelle Rechtslage	219

§ 7 Pflichtteilsrelevantes Verhalten nach dem Erbfall

I. Die taktische Ausschlagung	221
1. Allgemeine Voraussetzungen der Ausschlagung	223
2. Bedingungsfeindlichkeit der Ausschlagung	223
a) Ausschlagung zu Gunsten eines Dritten	224
b) Ausschlagung unter Vorbehalt des Pflichtteils	224
3. Die Ausschlagung gem. § 2306 BGB	225
a) Auswirkungen der Pflichtteilsreform	225
b) Irrtumsanfechtung der Erbschaftsannahme?	225
4. Familienrechtliche Ausschlagung (§ 1371 Abs. 3 BGB)	226
a) Der Ehegatte bei gesetzlicher Erbfolge	227
b) Der Ehegatte bei testamentarischer Zuwendung	227
c) Der enterbte Ehegatte	228
d) Ausschlagung zum Zwecke der Pflichtteilsreduzierung	228
II. Anfechtung wegen Pflichtteilsunwürdigkeit des Erben	229
1. Pflichtteilsunwürdigkeit	229
2. Gründe einer Pflichtteilsunwürdigkeit	230
3. Geltendmachung der Pflichtteilsunwürdigkeit	231
a) Anfechtungsklage bei Erbunwürdigkeit	232
b) Anfechtung bei Pflichtteilsunwürdigkeit	232
4. Anfechtungsberechtigung	232
5. Anfechtungsfrist	233
6. Rechtsfolgen der Anfechtung	233
III. Stundung des Pflichtteils	234
1. Voraussetzungen einer gerichtlichen Stundung	234
2. Zuständigkeit für den Stundungsantrag	235
3. Verjährung trotz Stundung?	235

§ 8 Pflichtteilsreduzierung durch Gestaltungen im Bereich des internationalen Erbrechts

I. Einführung in das internationale Erbrecht	237
1. Ausgangspunkte des internationalen Erbrechts	238
a) Einführung in die Rechtsbegriffe des internationalen Erbrechts	238
b) Bestimmung des Erbstatuts aus deutscher Sicht	241
c) Länder außerhalb der EuErbVO mit dem Anknüpfungspunkt Staatsangehörigkeitsprinzip	246
d) Länder außerhalb der EuErbVO mit dem Anknüpfungspunkt Wohnsitzprinzip	247
e) Länder außerhalb der EuErbVO mit dem Anknüpfungspunkt „Letzter gewöhnlicher Aufenthalt“	248
f) Länder außerhalb der EuErbVO mit dem Anknüpfungspunkt „domicile“ im common law	248
g) Länder außerhalb der EuErbVO mit anderen Anknüpfungspunkten	249
h) Sachnormverweisung durch die EuErbVO auf Länder mit Staatsangehörigkeitsprinzip mit Nachlassseinheit	250
i) Sachnormverweisung durch die EuErbVO auf Länder mit Staatsangehörigkeitsprinzip für bewegliches Vermögen und Belegenheitsprinzip für Immobilien	250

Inhaltsverzeichnis

j) Sachnormverweisung durch die EuErbVO auf Länder mit Wohnsitzprinzip mit Nachlassseinheit	251
k) Sachnormverweisung durch die EuErbVO auf Länder mit Wohnsitzprinzip für bewegliches Vermögen und Belegenheitsprinzip für unbewegliches Vermögen	251
l) Sachnormverweisung durch die EuErbVO auf Länder mit zusätzlichem interlokalen bzw. interpersonalem Recht	252
m) Eingriffsnormen für Einschränkungen der allgemeinen Anknüpfung nach Art. 21 Abs. 1 EuErbVO	253
n) Bestimmung des Erbstatuts aus Sicht ausländischer Rechtsordnungen	255
2. Ausgestaltung des Pflichtteilsrechts in ausländischen Rechtsordnungen	256
a) Einführung und Ausgestaltung des Pflichtteilsrechts	256
b) Abgrenzung zu anderen Statuten	259
c) Internationales Pflichtteilsrecht und Nachlassspaltung	260
3. Ordre public und Pflichtteilsrecht	263
4. Ergebniskorrektur durch die sog. Anpassung	265
5. Checkliste zur Bearbeitung eines Internationalen Erbrechtsfalls	265
II. Pflichtteilsreduzierung innerhalb der Mitgliedstaaten der EuErbVO	266
1. Pflichtteilsreduzierung durch den Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts	266
2. Pflichtteilsreduzierung durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit	267
3. Pflichtteilsreduzierung durch die Staatsangehörigkeit bei Mehrstaatlern	267
4. Pflichtteilsreduzierung durch Pflichtteilsverzichte	268
5. Pflichtteilsreduzierung durch eine Rechtswahl kraft ausländischem Kollisionsrecht	268
6. Pflichtteilsreduzierung durch den Wechsel des anzuwendenden Statuts	269
III. Pflichtteilsreduzierung beim Vorliegen einer Nachlassspaltung	270
1. Pflichtteilsreduzierung durch eine Vermögensverlagerung in das Ausland	271
2. Pflichtteilsreduzierung durch die Zuordnung von Nachlassverbindlichkeiten zu einem Spaltnachlass	272
3. Pflichtteilsreduzierung und Letztwillige Verfügung beim Nachlass in mehreren Ländern	272
4. Pflichtteilsreduzierung durch Schenkungen zu Lebzeiten	273
5. Pflichtteilsreduzierung bei Ausgleichung von Vorempfängen	274
6. Pflichtteilsreduzierung durch Erklärung der Anrechnung auf den Pflichtteilsanspruch	274
7. Pflichtteilsreduzierung durch eine Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 2 EGBGB aF und heutige Geltung	275
Sachverzeichnis	277